

28.09.01

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

**Entschlieung des Europäischen Parlaments zu dem Antrag der
Slowakei auf Beitritt zur Europäischen Union und den Stand der
Verhandlungen**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 121259 - vom 25. September 2001. Das Europäische Parlament hat die
Entschlieung in der Sitzung am 5. September 2001 angenommen.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Antrag der Slowakei auf Beitritt zur Europäischen Union und den Stand der Verhandlungen (KOM(2000) 711– C5-0611/2000 – 1997/2173(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des am 27. Juni 1995 gemäß Artikel 49 des Vertrags der Europäischen Union gestellten Antrags der Slowakei auf Beitritt zur Europäischen Union,
 - in Kenntnis des Regelmäßigen Berichts 2000 der Kommission über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2000) 711 – C5-0611/2000),
 - in Kenntnis des von der Kommission vorgelegten Strategiepapiers zur Erweiterung 2000 über die Fortschritte der einzelnen Bewerberländer auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2000) 700),
 - in Kenntnis der vom Europäischen Rat, insbesondere auf den Treffen in Kopenhagen (21.–22. Juni 1993), Helsinki (10.–11. Dezember 1999), Nizza (7.–9. Dezember 2000) und Göteborg (15.–16. Juni 2001) gefassten Beschlüsse,
 - in Kenntnis der 1999 mit der Slowakei geschlossenen Beitrittspartnerschaft,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Oktober 2000 zum Antrag der Slowakei auf Beitritt zur Europäischen Union und zum Stand der Verhandlungen⁵⁵,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 31. Mai 2001 zum Vertrag von Nizza und zur Zukunft der Europäischen Union (2001/2022(INI))⁵⁶;
 - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik und der Stellungnahmen der anderen zuständigen Ausschüsse (A5-0256/2001),
- A. in der Erwägung, dass die Slowakei bei der Umstrukturierung des Industrie- und Finanzsektors, d. h. bei der Anpassung ihrer Wirtschaft, erhebliche Fortschritte erzielt hat, damit diese den Anforderungen in Bezug auf den Beitritt zum Binnenmarkt gerecht wird,
- B. in der Erwägung, dass die Slowakei einige Fortschritte bei der Reform der öffentlichen Verwaltung erzielt hat,

⁵⁵ ABl. C 178 vom 22.6.2001, S. 143.

⁵⁶ Angenommen Texte Punkt 4.

Politische Kriterien

1. nimmt zur Kenntnis, dass die Slowakei weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt;
2. ermutigt die slowakische Regierung, Fortschritte bei der Entwicklung nationaler Strategien für das Problem der Minderheiten zu erzielen, stellt jedoch eine Kluft zwischen der Formulierung dieser Politik und ihrer praktischen Durchsetzung auf lokaler Ebene fest; fordert insbesondere alle Regierungsebenen auf, politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma einzuführen, um diskriminierende Praktiken gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe zu beenden und sicherzustellen, dass sie in den Hochschulen stärker vertreten ist;
3. begrüßt die Absicht der slowakischen Regierung, einen muttersprachlichen akademischen Studiengang für Angehörige der ungarischen Minderheit zu schaffen und damit zumindest teilweise das bisherige Erfordernis eines Auslandsstudiums zu verringern; ermutigt die slowakische Regierung, die Umsetzung dieser Absicht nicht am Hinweis auf die Autonomie bestehender Hochschulen scheitern zu lassen, sondern diesen politischen Willen in geeigneter Form umzusetzen;
4. bedauert, dass es nicht gelungen ist, einen Kompromiss im Hinblick auf die Neugliederung der Verwaltungsbezirke zu erreichen, der auch die Zustimmung der Vertreter der ungarischen Minderheit finden konnte;
5. räumt ein, dass die Frage der Roma kulturell, sozial, politisch und wirtschaftlich komplex ist und mehrere Länder in der Region betrifft; fordert ein stärkeres Engagement der Europäischen Union;
6. erinnert daran, dass die Slowakei ein Ursprungs- und Transitland für Frauenhandel in großem Stil ist, dass jedoch die Zahl der Fälle, die von den Behörden aufgedeckt werden, sehr gering ist; nimmt ferner mit Beunruhigung den Bericht des Sonderbeauftragten der UN zur Kenntnis, wonach die Slowakei auch als Transitland für den Handel mit Kindern zum Zwecke der Pornographie, der Prostitution und des Sextourismus fungiert; fordert die slowakische Regierung auf, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu treffen und zu gewährleisten, dass Opfer und Zeugen sowohl Schutz als auch ärztliche Betreuung sowie juristischen und psychologischen Beistand erhalten;
7. erkennt an, dass die Koalitionsregierung eine Vereinbarung über Schlüsselreformen wie z.B. die Änderung der Verfassung, das Gesetz über den öffentlichen Dienst und insbesondere die Reform der öffentlichen Verwaltung erzielt hat, die im Rahmen der Beitrittspartnerschaft als kurzfristige Priorität ausgewiesen wurde;
8. nimmt zur Kenntnis, dass die Reform der Verfassung insofern ein wichtiger Erfolg für die Regierungskoalition ist, als sie das Land in die Lage versetzt, weitere legislative und verwaltungstechnische Reformen durchzusetzen, die zur Vorbereitung des Beitritts unerlässlich sind;
9. fordert die Regierung auf, den sozialen Dialog mit allen Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft weiterzuführen, um Unterstützung für die Maßnahmen zu erhalten, die notwendigerweise zu erheblichen Übergangskosten im Bereich Arbeitslosigkeit führen;
10. unterstützt die Regierung in ihren Bemühungen, die Attraktivität der Slowakei für

ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen, damit insbesondere in den benachteiligten Regionen Arbeitsplätze geschaffen werden;

Wirtschaftliche Kriterien

11. begrüßt das entschlossene Vorgehen der slowakischen Regierung im Hinblick auf die Verbesserung der makroökonomischen Stabilität, indem sie die Haushalts- und Außenhandelsdefizite abgebaut hat, sowie die Bemühungen zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes;
12. begrüßt die Tatsache, dass umfassende Strukturreformen durchgeführt wurden, einschließlich eines neuen Konkursgesetzes sowie der Umschuldung und der Privatisierung staatlicher Banken;
13. begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei jetzt als funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden kann, was durch ihren Beitritt zur OECD bestätigt wurde; bestätigt, dass die Slowakei in der Lage sein sollte, mittelfristig Wettbewerbsdruck und Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, unter der Voraussetzung, dass die geplanten Strukturreformen uneingeschränkt durchgeführt werden;
14. fordert die slowakische Regierung daher auf, die politische Orientierung der makroökonomischen Stabilisierung und der Strukturreformen beizubehalten; fordert die Koalitionspartner auf, ihr ehrgeiziges Wirtschaftsreformprogramm ungeachtet politischer Differenzen weiter umzusetzen, und unterstützt sie insbesondere in ihren Bemühungen, das Haushaltsdefizit 2001 unter Kontrolle zu halten, trotz der vorübergehenden negativen Auswirkungen der Senkung der Körperschaftssteuer;
15. begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei entsprechend ihrer Zusagen den Zuschlag zur Einfuhrabgabe abgeschafft hat;

Kriterien in Bezug auf den Besitzstand

16. begrüßt die Fortschritte im Bereich des Binnenmarktes, nimmt zur Kenntnis, dass die Slowakei noch gewisse Schwächen in wichtigen Bereichen wie Finanzkontrolle, Landwirtschaft, Umwelt sowie Justiz und Inneres aufweist; begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei Schritte unternommen hat, um diese Schwächen zu beheben, indem sie ihren Personalbestand in den zuständigen Ministerien erheblich aufgestockt hat;
17. fordert die slowakische Regierung auf, den Impuls der Reform in allen legislativen Bereichen beizubehalten und die Annahme des Entwurfs eines Rechtsaktes für die öffentliche interne Finanzkontrolle als vordringliche Angelegenheit voranzutreiben, damit die Beitrittsverhandlungen im Rahmen dieses Kapitels des Besitzstandes eröffnet werden können;
18. ersucht die Slowakei, ihre Angleichung an den Besitzstand im Bereich der Landwirtschaft zu beschleunigen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzungskapazitäten bei Veterinär- und Pflanzenschutzfragen;
19. betont, dass seit dem letzten Strategiepapier des Europäischen Parlaments zur Erweiterung keine besonderen Fortschritte bei der Qualitätspolitik zu verzeichnen waren und die Vorbereitungen der Slowakei für die Einrichtung eines integrierten Informationsnetzes zur

landwirtschaftlichen Buchführung nicht vorangekommen sind;

20. begrüßt die weit fortgeschrittene Übernahme der Rechtsvorschriften im Veterinär- und Pflanzenschutzbereich, wobei jedoch auch zur Kenntnis genommen wird, dass es noch Defizite hinsichtlich der Umsetzung dieser Rechtsvorschriften gibt; hebt aber positiv hervor, dass sich die slowakische Gesetzgebung zum Ökolandbau an die EU-Vorschriften anlehnt;
21. empfiehlt der Slowakei, sich im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums und in der Forstwirtschaft weiterhin um die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen zu bemühen;
22. würdigt die slowakischen Bemühungen im Agrarbereich zur Umsetzung des SAPARD-Programms bzw. die Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarungen und hofft, dass die Zahlstellen möglichst rasch eingerichtet werden können; empfiehlt der Slowakei darüber hinaus, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt zu verbessern; unterstreicht die Bedeutung der integrierten ländlichen Entwicklung für den Erweiterungsprozess; stellt jedoch mit Sorge das Informationsdefizit und die wachsende Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung im Hinblick auf mögliche Fördermaßnahmen fest; fordert die Kommission auf, im Rahmen des SAPARD-Programms und anderer Heranführungshilfen sicherzustellen, dass die Information und die Beteiligung der Landbevölkerung an ländlichen Entwicklungsvorhaben entscheidend verbessert werden;
23. begrüßt den Abschluss der Abkommen über die weitere Liberalisierung des Agrarhandels und den darin enthaltenen Doppel-Null-Ansatz, der die gegenseitige Abschaffung der Ausfuhrerstattungen und den Abbau der Zölle im Rahmen von Einfuhrzollkontingenten vorsieht; weist darauf hin, dass die Slowakei dadurch hinsichtlich der Vorbereitung auf einen gemeinsamen Binnenmarkt merklich weitergekommen ist;
24. stellt fest, dass die Verhandlungen über das Kapitel „Umwelt“ mit der Slowakei gerade erst eröffnet wurden, dass nun jedoch eine angemessene Begründung der Forderungen nach Übergangszeiträumen erforderlich ist; fordert, dass alle Übergangszeiträume im Hinblick auf eine vollständige Übernahme des Besitzstandes auf ein Minimum begrenzt und Interimsziele festgelegt werden; fordert ferner eine sorgfältige Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele, die Einführung eines praktischen Programms mit Umsetzungsmaßnahmen und Einzelheiten über die möglichen Finanzierungsmodalitäten;
25. fordert die Slowakei auf, die legislative Anpassung im Bereich der Umwelt zu beschleunigen, insbesondere in den Bereichen Wasser, Abfälle, Naturschutz und Industrieverschmutzung, und finanzielle Strategien zu entwickeln, um sobald wie möglich die uneingeschränkte Umsetzung des Besitzstandes zu gewährleisten; erinnert die Slowakei daran, dass das Europäische Parlament erheblichen Wert auf die Erfüllung des Besitzstandes in diesem Bereich legt, wie dies in der Entschließung zur Erweiterung vom 4. Oktober 2000 bekräftigt wird;
26. unterstützt die Teilnahme der Slowakei an dem neuen seit dem Jahr 2000 eingeleiteten Gesundheitsaktionsprogramm der Gemeinschaft;
27. nimmt zur Kenntnis, dass die Slowakei Fortschritte bei der Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption erzielt hat, indem die Regierung gezielte Maßnahmen ausgearbeitet hat; weist darauf hin, dass gleichwohl verstärkte Anstrengungen notwendig sind,

insbesondere angesichts der mangelnden Transparenz bei der Finanzierung politischer Parteien; begrüßt die verbesserte internationale Zusammenarbeit;

28. fordert die Slowakei auf, ihre Absichten rasch in die Tat umzusetzen, um die ansonsten unzureichende Bilanz der Slowakei in dieser Hinsicht zu verbessern;
29. begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei unverzüglich Maßnahmen ergriffen hat, um den Anschuldigungen nachzugehen, wonach ein hoher Regierungsbeamter, der für EU-Mittel zuständig ist, angeblich in Korruption verwickelt ist;
30. erwartet, dass alle slowakischen Behörden die Betrugsbekämpfungsbehörde der Europäischen Union (OLAF), die sofort Ermittlungsbeamte nach Bratislava entsandt hat, weiterhin uneingeschränkt unterstützen;
31. fordert, ihm den Bericht von OLAF über den Verdacht der Veruntreuung von Gemeinschaftsmitteln (PHARE und ISPA) so rasch wie möglich zu übermitteln, und fordert die slowakischen Behörden auf, bei den Nachforschungen so effizient wie möglich mit OLAF zusammenzuarbeiten;
32. erwartet schnellstmöglich eine Bewertung der Kommission und der slowakischen Regierung über Schäden zu Lasten des EU-Haushalts und Maßnahmen, die in dieser Situation Abhilfe schaffen sollen;
33. fordert die Slowakei dringend auf, Vor-Ort-Kontrollen der Europäischen Union zu erleichtern;
34. stellt fest, dass trotz der Fortschritte, die die Slowakei im Zuge neuer Rechtsvorschriften zur internen Finanzkontrolle erzielt hat, weiterhin Mängel bestehen und Bemühungen zum Ausbau der Funktion der internen Rechnungsprüfung in den Regierungsstellen, die Zahlungen tätigen, unternommen werden müssen;
35. fordert nachdrücklich, dass die Slowakei Mittel zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Dienst entwickelt und eine Betrugsbekämpfungsstelle einrichtet, die mit den Organen der Europäischen Union zusammenarbeitet;
36. fordert die Slowakei auf, die Vorbereitungen für die Schließung und Stilllegung der Reaktoren 1 und 2 in Bohunice V1 zu beschleunigen und den Modernisierungsplan für Bohunice V2 sowie die Aktualisierung der weiteren Sicherheitsmaßnahmen für die Blöcke 1 und 2 von Mochovce aktiv voranzutreiben;
37. begrüßt den Abschluss von Verhandlungen über gegenseitige Zugeständnisse im Agrarbereich; fordert die Mitgliedstaaten auf, den Abschluss eines entsprechenden Zusatzprotokolls zum Europa-Abkommen zu beschleunigen⁵⁷;
38. fordert die Slowakei auf, die erforderlichen Mechanismen zur wirkungsvollen Anbindung an das Frühwarnsystem der Gemeinschaft zu schaffen, sowohl was die Warnung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit im Hinblick auf jedes festgestellte Risiko als auch die aufgrund der EBLS-Warnung vom FWS ergriffenen Maßnahmen angeht;

⁵⁷ ABl. L 359 vom 31.12.1994, S. 2.

39. begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei Verhandlungen über ein Protokoll zum Europa-Abkommen über die Konformitätsbewertung (PECA) aufgenommen hat;
40. unterstreicht, dass die Slowakei nach der erfolgreichen Annahme der Verfassungsänderungen nunmehr rasch eine Reform der staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstes durchführen muss;
41. fordert die Slowakei auf, zu gewährleisten, dass in den Fällen, in denen staatliche Beihilfen in Betracht gezogen werden, diese mit den entsprechenden Wettbewerbsregeln der EG, wie im Europa-Abkommen gefordert, im Einklang stehen;
42. fordert die slowakische Regierung auf, ihre Bemühungen zur Vorbereitung der Strukturfonds zu intensivieren, dem Rechtsrahmen, der Koordinierung zwischen den Ministerien und der Beschlussfassung im zuständigen Ministerium besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die deutliche Trennung der administrativen und politischen Funktionen besonders zu berücksichtigen sowie der Managementkapazität und der Partnerschaft mit regionalen und lokalen Partnern, Sozialpartnern, NRO, KMU und den Unternehmen in besonderem Maße Rechnung zu tragen;
43. fordert die slowakische Regierung auf, der Kommission einen Gesetzentwurf zur Anpassung an die Richtlinie über Massenentlassungen sowie die Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat vorzulegen;
44. begrüßt die Fortschritte hinsichtlich der Rechtsangleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand im Bereich der Gleichstellung von Männern und Frauen, vor allem die Gesetze betreffend das Nachtarbeitsverbot für Frauen und die Verbesserung der Rechte von schwangeren Arbeitnehmerinnen; betont jedoch, dass der Besitzstand in diesem Bereich nur teilweise übernommen worden ist und dass vor allem Richtlinien zur Gleichbehandlung bei der sozialen Sicherheit noch umgesetzt werden müssen;
45. fordert die Förderung von grenzüberschreitenden Sozialpartnerkontakten und -kooperationen in den Grenzregionen, um EU-Modelle zur Sozialpartnerschaft besser zu vermitteln;
46. fordert die Förderung von Arbeitsstiftungen für Arbeitnehmer, die den Arbeitsplatz wegen der Grenzöffnung verlieren;
47. wünscht, dass die slowakische Regierung den Ausbau des Wohnungsmarktes in industriellen Ballungsräumen unterstützt und vorantreibt, damit Wohnraum in Gebieten, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, geschaffen wird;
48. fordert die Slowakei angesichts der Erfahrungen mit den nationalen Beschäftigungsplänen der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Luxemburg-Prozesses auf, sich auf vergleichbare Initiativen zu konzentrieren; ist der Auffassung, dass hierzu die Einführung eines begleitenden Monitoring-Systems erforderlich ist, um die Informationen über Verlauf und Wirkungen der Umstrukturierungsprozesse in der Industrie zu verbessern und somit negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken;
49. stellt fest, dass die Slowakei mit der Annahme des Rundfunk- und Fernsehgesetzes beträchtliche Fortschritte im audiovisuellen Sektor gemacht hat und die Rechtsvorschriften weitgehend der Richtlinie über das Fernsehen ohne Grenzen entsprechen;

50. äußert den dringenden Wunsch, dass der Rat die Vorschläge für Beschlüsse über die Beteiligung der Slowakei an den Programmen KULTUR 2000 und MEDIA + schnellstens billigt; weist darauf hin, dass die Schaffung eines „Europäischen Kulturraums“ auf der Grundlage der Achtung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und der Teilhabe an einem gemeinsamen Erbe ein Integrationsfaktor ist;
51. fordert die Kommission auf, sich rückhaltlos dafür einzusetzen, dass sich die Slowakei an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern beteiligt, insbesondere am Programm über die Rahmenstrategie der Gemeinschaft für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005) sowie an den Programmen STOP und DAPHNE zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen;
52. begrüßt, dass das Kapitel Sozialpolitik und Arbeitsmarkt in den Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei vor kurzem eröffnet wurde, und bekundet seine Anerkennung dafür, dass dieses Land bereit ist, die EU-Rechtsvorschriften uneingeschränkt in die nationale Gesetzgebung umzusetzen; verweist auf die Bedeutung des „gender mainstreaming“ und der Folgenanalyse im Hinblick auf die Gleichstellung bei der Überarbeitung der Rechtsvorschriften und der Reform der öffentlichen Verwaltung; fordert den Rat und die Kommission auf, die Gleichstellung in den Verhandlungen mit den Bewerberländern als ein Hauptkriterium zu behandeln; ist erfreut darüber, dass die Slowakei das freiwillige Protokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau am 17. November 2000 ratifiziert hat, was nur wenige Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Beitrittsländer getan haben;

Heranführungsstrategie

53. begrüßt die Tatsache, dass ein Gemischter Beratender Ausschuss EU-Slowakei zusammen mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften eingesetzt wurde, sowie die Tatsache, dass die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft im Rahmen ihrer Diskussionen einen Beitrag zur Erweiterung der Europäischen Union leisten können;
54. unterstützt die Arbeit der Kommission, die die Slowakei im Rahmen der drei Instrumente PHARE, ISPA und SAPARD anhaltend unterstützt, dringt jedoch auf eine bessere Aufteilung auf regionaler Ebene, damit alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße von der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union profitieren können; nimmt zur Kenntnis, dass die SAPARD-Agentur noch nicht akkreditiert wurde, u. a. aufgrund von Verwaltungsproblemen in der Kommission, so dass bisher in diesem Bereich noch keine Unterstützung geleistet wurde;
55. ermutigt die Slowakei, auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Analysen und Umweltverträglichkeitsprüfungen qualitativ hochwertige Projekte in den vom ISPA-Programm abgedeckten Bereichen vorzuschlagen sowie eine effektive Einbeziehung aller betreffenden Akteure, d. h. lokale und regionale Behörden, Sozialpartner und NRO, in alle Phasen der Programmverwaltung zu gewährleisten, damit wesentliche Verbesserungen in den Bereichen Umwelt und Verkehr erzielt werden können;
56. begrüßt die Entscheidung der slowakischen Regierung, LIFE III beizutreten, und fordert sie auf, dieses Programm zur Unterstützung der Erhaltung der außerordentlichen Artenvielfalt des Landes umfassend zu nutzen;
57. unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Slowakei in die Lage versetzt wird, mit den

Ländern der Luxemburger Gruppe im Sinne des Europäischen Rates von Helsinki Schritt zu halten;

58. gibt erneut seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Slowakei in der Lage sein wird, zur ersten Gruppe der Länder zu gehören, die der Europäischen Union beitreten;

Verhandlungen und Kernfragen

59. betont, dass die Jahre 2001 und 2002 für die Slowakei von wesentlicher Bedeutung sind, da schwierigere Kapitel angegangen werden, und fordert die Slowakei auf, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen und diese sogar noch zu intensivieren, um ihre Verhandlungs- und Reformfähigkeiten zu stärken;

Weitere wichtige Fragen

60. stellt mit Genugtuung fest, dass die Slowakei ihre außenpolitischen Standpunkte jetzt in der Regel den Gemeinsamen Erklärungen und Gemeinsamen Standpunkten der Union im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angleicht;
61. begrüßt die Tatsache, dass die Slowakei beschlossen hat, eine aktive Rolle in der Post-Nizza-Debatte zu übernehmen und einen „Nationalen Konvent über die Europäische Zukunft der Slowakei“ einzusetzen, der die Position der Slowakei zu der Frage ausarbeiten wird, wie sich die Europäische Union in Zukunft entwickeln sollte;
62. fordert die Kommission auf, baldmöglichst zu einem gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich des seit langem geforderten Sonderprogramms zur Förderung der EU-Regionen, die an die Beitrittskandidaten grenzen, zu kommen, damit die Gelder freigegeben werden können und das Programm umgesetzt werden kann;

o

o

o

63. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Regierung und dem Parlament der Slowakei zu übermitteln.